

Antrag

der Abg. Bernd Gögel und Carola Wolle u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Zur Situation der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie hoch die Umsätze von Unternehmen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg in den Jahren 2020 bis 2024 gewesen sind, welche Trends daraus abgeleitet werden können und wie dies von der Landesregierung bewertet wird;
2. welches die Haupt-Export- sowie Importländer der Unternehmen der Basischemie in Baden-Württemberg derzeit sind und welche Handelsvolumina dabei im Jahr 2024 verzeichnet werden konnten;
3. wie sich die Anzahl der auf dem Gebiet der basischemischen Produktion tätigen Unternehmen seit dem Jahr 2020 entwickelt hat und wie viele Arbeitnehmer in diesen Unternehmen jeweils beschäftigt gewesen sind;
4. wie sich die wirtschaftlichen Schwerpunkte von Unternehmen der basischemischen Industrie innerhalb Baden-Württembergs derzeit darstellen und ob es hier seit dem Jahr 2020 durch Abwanderung oder auch durch die Insolvenz von Unternehmen zu Verschiebungen gekommen ist;
5. welchen wirtschaftlichen Stellenwert die Unternehmen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg im Ländervergleich der Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Kenntnis derzeit haben und ob es hier während des Zeitraums seit 2010 zu signifikanten Veränderungen gekommen ist;

6. wie die Landesregierung das Risiko bewertet, dass Unternehmen der basischemischen Industrie aufgrund der im Inland sehr hohen Energiekosten oder wegen des aktuellen Zollkonflikts mit den USA ihre Produktion zunehmend ins Ausland verlagern könnten;
7. inwieweit nach Auffassung der Landesregierung die inländischen Unternehmen der basischemischen Industrie dazu beitragen können, die Unabhängigkeit Deutschlands bei wirtschaftlichen Produktionsabläufen zu steigern;
8. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung beabsichtigt, die Standortbedingungen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg zu verbessern.

20.5.2025

Gögel, Wolle, Baron, Lindenschmid, Dr. Hellstern AfD

Begründung

Die Basischemie umfasst die Herstellung von chemischen Grundstoffen und bildet damit die Grundlage für die chemische Industrie und die nachfolgende industrielle Wertschöpfung.

95 Prozent aller Industrieerzeugnisse basieren auf Basischemikalien. Basis- und Folgechemie sind bei der Herstellung untrennbar miteinander verbunden, wobei diese enge Verflechtung der Produktion zugleich beispielhaft zur Ressourceneffizienz beiträgt.

Daher bleibt der Chemie- und Industriestandort Deutschland auch in Zukunft auf regional verfügbare chemische Grundstoffe angewiesen. Vor diesem Hintergrund hinterfragt der vorliegende Antrag die derzeitige Situation sowie die zukünftigen Perspektiven von Unternehmen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 2. Juli 2025 Nr. D33343/2025 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Die basischemische Industrie wurde entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes WZ 2008 Kode 20.1 abgegrenzt (Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen). Die Daten des Statistischen Landesamtes wurden gemäß dieser Abgrenzung angefragt. Die Mineralölverarbeitung, insoweit sie der Herstellung von Kraftstoffen dient, gehört nach dieser Abgrenzung nicht zur basischemischen Industrie im Sinne des Antrags, da Kraftstoffe keine Weiterverarbeitung mehr erfahren, wie es bei Basischemikalien der Fall ist.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die interne Abgrenzung des Verbands der Chemischen Industrie (VCI Baden-Württemberg) für der chemischen Grundstoffindustrie zuzurechnende Betriebe nicht der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes WZ 2008 Kode 20.1 entspricht, sodass die in dieser Stellungnahme wiedergegebenen Zahlen teils deutlich voneinander abweichen. Auch daher sei bei den jeweiligen Daten besonders auf die jeweilige Quellenangabe hingewiesen.

1. wie hoch die Umsätze von Unternehmen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg in den Jahren 2020 bis 2024 gewesen sind, welche Trends daraus abgeleitet werden können und wie dies von der Landesregierung bewertet wird;
3. wie sich die Anzahl der auf dem Gebiet der basischemischen Produktion tätigen Unternehmen seit dem Jahr 2020 entwickelt hat und wie viele Arbeitnehmer in diesen Unternehmen jeweils beschäftigt gewesen sind;
4. wie sich die wirtschaftlichen Schwerpunkte von Unternehmen der basischemischen Industrie innerhalb Baden-Württembergs derzeit darstellen und ob es hier seit dem Jahr 2020 durch Abwanderung oder auch durch die Insolvenz von Unternehmen zu Verschiebungen gekommen ist;

Zu 1., 3. und 4.:

Zu den Ziffern 1, 3 und 4 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Baden-Württemberg ist zwar ein starkes Chemieland, der Anteil der Grundstoffchemie ist aber eher gering. Nach interner Abgrenzung des Verbandes der chemischen Industrie sind 27 Mitgliedsunternehmen der Chemieverbände in Baden-Württemberg gemäß VCI BW-Klassifikation den Sparten Grundchemikalien und Grundstoffe und somit der basischemischen Industrie zurechenbar. Dies entspricht einem Anteil von lediglich 5 Prozent an allen Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Baden-Württemberg (siehe Abbildung 1).

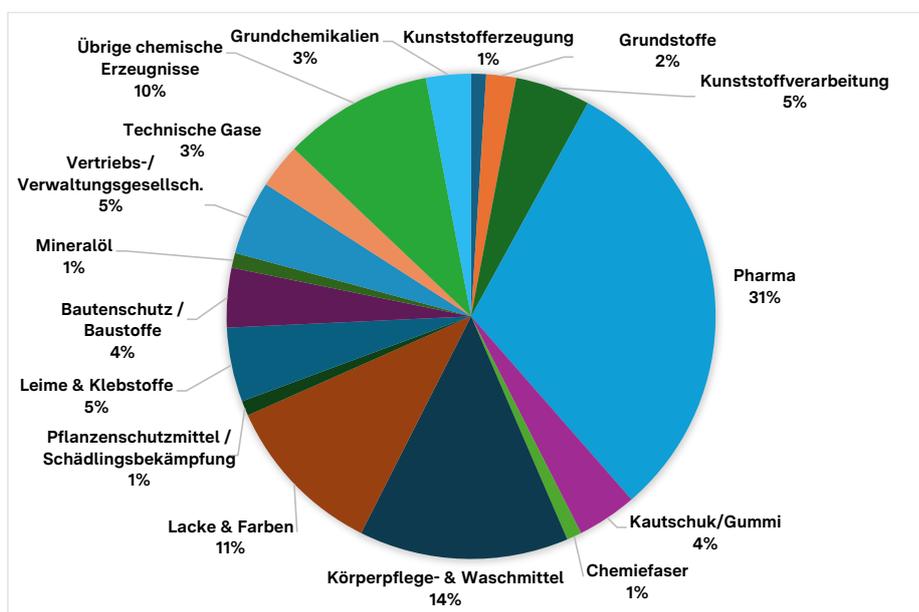


Abbildung 1: Verteilung der Mitgliedsunternehmen der Chemieverbände in Baden-Württemberg nach Sparten. Nach VCI-Klassifikation sind die Bereiche „Grundchemikalien“ und „Grundstoffe“ mit zusammen 5 % aller Verbandsunternehmen der basischemischen Industrie zuzuordnen. (Quelle: VCI BW)

Bezüglich der Unternehmens-, Beschäftigten- und Umsatzzahlen für chemische Betriebe der Grundstoffherzeugung entsprechend dem NACE-Code 20.1 werden vom Statistischen Landesamt noch keine Zahlen für das Jahr 2024 publiziert. Stattdessen zeigt die nachfolgende Tabelle die entsprechenden Angaben für die Jahre 2019 bis 2023. Während die Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen zwischen 2022 und 2023 noch weitgehend konstant blieben, fällt der selbst nominal zurückgehende Umsatz von 2022 auf 2023 auf.

Rechtliche Einheiten und Niederlassungen sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg ab 2019 nach Wirtschaftszweiggliederung 2008 (Quelle: Statistisches Landesamt) Wirtschaftsgruppe1): Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen

Jahr	Rechtliche Einheiten ²⁾					Niederlassungen ³⁾			
	Insgesamt					Insgesamt			
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte ⁴⁾			Umsatz ⁵⁾ 1.000 €	Anzahl	Abhängig Beschäftigte ⁴⁾		
Insges.		davon SVB	davon GEB	Insges.			davon SVB	davon GEB	
2019	130	3 452	3 355	97	1 698 626	153	6 023	5 920	103
2020	125	3 547	3 450	97	1 871 166	147	6 357	6 258	99
2021	115	3 572	3 484	88	2 096 982	135	6 529	6 438	91
2022	124	3 921	3 829	92	2 396 073	150	6 797	6 704	93
2023	119	4 000	3 914	86	2 055 670	146	6 803	6 714	90

Quelle: Unternehmensregister, Stand 9/2020.

- 1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Rechtliche Einheiten werden dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zugeordnet.
- 2) Rechtliche Einheiten mit Umsatzsteuervoranmeldungen und/oder Beschäftigten 2019 sowie Sitz in Baden-Württemberg. Eine Rechtliche Einheit ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder Einzelunternehmer.
- 3) Niederlassungen mit Sitz in Baden-Württemberg, in denen 2019 Beschäftigte tätig waren oder für die gilt, dass sie den einzigen Standort einer Rechtlichen Einheit mit Umsatzsteuervoranmeldungen in 2019 bildeten. Eine Niederlassung ist eine örtlich abgegrenzte Einheit, die einer Rechtlichen Einheit zugeordnet ist. Sie ist rechtlich unselbstständig.
- 4) Die abhängig Beschäftigten umfassen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten. Die Anzahl der Beschäftigten wird als Durchschnittswert kaufmännisch gerundet ohne Kommastellen dargestellt.
- 5) Umsätze für Organkreismitglieder werden aus Erhebungen, Jahresabschlüssen und anderen Quellen übernommen oder geschätzt.

Besonderer Hinweis zu Veröffentlichungen ab Berichtsjahr 2018:

Ab dem Berichtsjahr 2018 gibt es bei den Auswertungen aus dem statistischen Unternehmensregister Anpassungen: Tabellen zu „Unternehmen“ werden künftig als Tabellen zu „Rechtlichen Einheiten“ bezeichnet, Tabellen zu „Betrieben“ werden in Tabellen zu „Niederlassungen“ umbenannt. Hintergrund ist die Umsetzung der EU-Unternehmensdefinition. Die EU-Einheitenverordnung⁵ definiert das Unternehmen als „kleinste Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und [...] über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt“. Somit kann ein Unternehmen auch aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen. Bis einschließlich Berichtsjahr 2017 wurde in der amtlichen Statistik die Rechtliche Einheit mit dem Unternehmen gleichgesetzt und beide Begriffe synonym verwendet.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2025

Nach den Daten des VCI Baden-Württemberg waren im Jahr 2024 in den 27 Betrieben der VCI BW-Sparten „Grundstoffe“ und „Grundchemikalien“ ca. 4 700 Personen beschäftigt. Die Beschäftigtenzahlen der letzten Jahre liegen für die Betriebe der genannten Sparten im allgemeinen Trend der chemischen Industrie, der von einem leichten Anstieg nach einem kleinen Einbruch nach der Coronakrise

geprägt ist (2024: 4 726, 2023: 4 609, 2022: 4 561, 2021: 4 458, 2020: 4 511). Diese Zahlen basieren auf verbandsinternen Daten und unterscheiden sich u. a. schon aufgrund der Unterschiede in der Klassifizierung der grundstoffchemischen Betriebe von den zuvor wiedergegebenen Daten des Statistischen Landesamtes.

In Baden-Württemberg werden im Bereich der Grundstoffe und Grundchemikalien tendenziell Nischenprodukte und Spezialitäten hergestellt. Nach Auskunft des VCI Baden-Württemberg haben sich die Mitgliedsunternehmen in den letzten Jahren stabil entwickelt. Verlagerungen innerhalb eines Unternehmens über verschiedene Standorte können dabei jedoch nicht von außen nachvollzogen werden. Standorte der chemischen Industrie stehen im internationalen Wettbewerb.

Die Insolvenzen in der chemischen Grundstoffindustrie Baden-Württembergs bewegen sich von 2020 bis 2024 auf niedrigem Niveau ohne erkennbaren Trend. Für das Jahr 2024 wurden trotz der insgesamt steigenden Insolvenzzahlen keine Insolvenzen für Unternehmen der chemischen Grundstoffproduktion in Baden-Württemberg registriert.

Wirtschaftsbereich/Wirtschaftsgruppe (gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 [WZ 2008])	Unternehmensinsolvenzen insgesamt				
	Anzahl				
	2020	2021	2022	2023	2024
	1 724	1 513	1 516	1 875	2 445
davon					
Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen	2	1	1	3	–
H. v. Industriegasen	–	–	1	–	–
H. v. sonst. anorganischen Grundstoffen u. Chemikalien	1	–	–	1	–
H. v. Kunststoffen in Primärformen	1	1	–	2	–

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Nach den internen Daten des VCI Baden-Württemberg gab es im Zeitraum 2020 bis 2024 keine Unternehmenszu- oder -abgänge.

2. welches die Haupt-Export- sowie Importländer der Unternehmen der Basischemie in Baden-Württemberg derzeit sind und welche Handelsvolumina dabei im Jahr 2024 verzeichnet werden konnten;

Zu 2.:

Auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes lassen sich für den Handel mit Chemikalien von und nach Baden-Württemberg auszugsweise die Handelsvolumina folgenden Regionen bzw. Länder aggregieren:

**Handelsvolumina für 2024 von Chemikalien von ausgewählten Ländern
und Regionen mit Baden-Württemberg
[Tsd €], [%] vom Gesamtanteil**

Land/Region	Ausfuhr		Einfuhr	
	Volumen	Anteil	Volumen	Anteil
EU	823.452	56,9	9.018.911	51,8
UK	41.562	2,9	844.511	4,9
Schweiz	74.025	5,1	3.170.108	18,2
Nordamerika	151.612	10,5	1.665.382	9,6
Mercosur	20.030	1,4	29.510	0,2
China	46.698	3,2	691.844	4,0
Indien	35.009	2,4	168.617	1,0
Japan	28.557	2,0	40.924	0,2
Taiwan	47.238	3,3	4.434	0,0
Südkorea	14.764	1,0	73.208	0,4
Israel	3.526	0,2	101.754	0,6
Türkei	19.997	1,4	14.179	0,1
Südafrika	4.349	0,3	4.627	0,0
Russische Föderation	2.078	0,1	2.888	0,0
Handel weltweit	1.447.780	100,0	17.401.746	100,0

5. *welchen wirtschaftlichen Stellenwert die Unternehmen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg im Ländervergleich der Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Kenntnis derzeit haben und ob es hier während des Zeitraums seit 2010 zu signifikanten Veränderungen gekommen ist;*

Zu 5.:

Die Grundstoffchemie hat in allen Bundesländern mit signifikanter Chemieproduktion einen wesentlich höheren Anteil an der gesamten Chemieproduktion als in Baden-Württemberg.

Die internationale Wettbewerbssituation der energieintensiven Herstellung von chemischen Grundstoffen in Deutschland ist als schwierig zu bezeichnen. Entsprechende Anlagen werden temporär und auch permanent außer Betrieb gesetzt (z. B. Ammoniakherstellung bei BASF Ludwigshafen, Ethylen-Cracker bei Dow Chemical in Böhlen, Sachsen, ebenfalls bei Dow Chemical die Chlor-Alkali&Vinyl-Anlagen (CAV) in Schkopau, die 2025 bereits erfolgte Schließung eines großen Teils der petrochemischen Kapazitäten in der Shell-Raffinerie Wesseling, NRW, beschlossene Schließung des INEOS-Werkes zur Herstellung von Phenol und Aceton in Gladbeck, (NRW); jedoch sind die Standorte in BW davon weniger betroffen, da hier die entsprechenden Anlagen kaum vorhanden sind.

Die aktuelle Entwicklung der Grundstoffherstellung in Deutschland seit 2020 einschließlich der wesentlich durch Defossilierungsfolgen erklärbaren Prognosen bis 2045 gibt das in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasste Update der Chemistry4Climate-Studie des Verbandes der Chemischen Industrie aus dem Jahr 2024 passend wieder.

Entwicklung Produktionsvolumina ausgewählter HVC (High Value Chemicals) nach der Chemistry4Climate-Studie des VCI von 2020 bis 2045, Zahlen bis 2023 sind statistisch erfasst, im Übrigen beruhen die Angaben auf Prognosen unter der Prämisse der aufgrund politischer Vorgaben zu erreichenden Klimaneutralität:

Produkt in [kt/a]	2020	2022/ 2023	2030	2040	2045	Reduktion 2020 => 2022/2023 in [%]
Ammoniak	3.111	2.120	2.037	1937	1.889	-31,9 %
Harnstoff	386	361	347	330	322	-6,5 %
Methanol	1.523	910	874	831	810	-40,2 %
Ethylen	4.969	4.099	3.937	3.745	3.652	-17,5 %
Propylen	3.480	2.974	2.857	2.717	2.650	-14,5 %
Butylen und Isomere	2.147	1.907	1.832	1.742	1.699	-11,2 %
Benzol	1.527	1.331	1.278	1.216	1.186	-12,8 %
Toluol	571	548	526	501	488	-4,0 %
o-/p-Xylol	395	380	365	347	339	-3,8 %
Chlor	3.179	2.352	2.259	2.149	2.044	-26,0 %

6. wie die Landesregierung das Risiko bewertet, dass Unternehmen der basischemischen Industrie aufgrund der im Inland sehr hohen Energiekosten oder wegen des aktuellen Zollkonflikts mit den USA ihre Produktion zunehmend ins Ausland verlagern könnten;

Zu 6.:

Der Chemiestandort Deutschland leidet grundsätzlich wie andere energieintensive Industrien im Land u. a. an den vergleichsweise hohen Energiekosten und den perspektivisch stark zunehmenden Defossilisierungskosten. Diese Belastungen wirken sich natürlich auch auf die chemische Industrie in Baden-Württemberg aus.

Die Branche begegnet diesen Herausforderungen zwar soweit möglich mit der ihr eigenen Innovationskraft; dies kann z. B. durch die Entwicklung von alternativen Herstellungsverfahren auf der Basis erneuerbarer Rohstoffe erfolgen. Allerdings sind diese Verfahren im Hinblick auf ihre Kostenstruktur aktuell noch nicht konkurrenzfähig. Energiekosten bleiben aber ein bedeutender Kostenfaktor insbesondere auch für die basischemische Industrie im Land. Für die basischemische Industrie ist es daher unerlässlich, jederzeit ausreichend Strom und Gas zu international wettbewerbsfähigen Preisen beziehen zu können. Die Landesregierung sieht daher das Risiko, dass vergleichsweise hohe Energiekosten zu Produktionsverlagerungen führen können.

Energiepreise sind ein wichtiger Produktionsfaktor (insbesondere bei der energieintensiven Industrie), es gibt jedoch noch zahlreiche weitere Standortfaktoren für Unternehmen wie bspw. politische Rahmenbedingungen, Rechtsordnung, Qualität der Infrastruktur, Versorgungssicherheit, Fachkräfteverfügbarkeit, Kapitalmarkt und Lohnkosten. Beschränkt auf die basischemische Industrie im Sinne der Fragestellung werden die Auswirkungen der aktuellen Standortsschwächen in Baden-Württemberg mit relativ wenig basischemischer Industrie geringer ausfallen als in den Bundesländern mit starken Branchenanteilen in der basischemischen Industrie.

Die den USA im April verkündeten umfangreichen neuen reziproken US-Zölle gegenüber weiten Teilen der Welt markieren zudem einen handelspolitischen Einschnitt. Dies ist eine massive Belastung und Herausforderung sowohl für die Unternehmen als auch die globalen Lieferketten, so auch für die basischemische Industrie. Die Folgen der neuen US-Zölle auf die baden-württembergische Chemieindustrie sind noch schwer einzuschätzen. Klar ist allerdings schon heute, dass diese Entwicklung weltweit negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben und zu Arbeitsplatzverlusten führen dürften.

Fakt ist aber auch, dass gerade die baden-württembergische Industrie das beste Beispiel für eine bereits seit Jahrzehnten in den USA vorhandene und mit den US-Wertschöpfungsnetzwerken tief verwobene Produktion vor Ort ist. Inwiefern die baden-württembergische basischemische Industrie kurzfristig willens und in der Lage ist, Produktionsanteile ins Ausland als Antwort auf die US-Zölle zu verlagern, liegt in der Entscheidung der einzelnen Unternehmen. Hierzu liegen der Landesregierung keine konkreten Hinweise vor.

7. inwieweit nach Auffassung der Landesregierung die inländischen Unternehmen der basischemischen Industrie dazu beitragen können, die Unabhängigkeit Deutschlands bei wirtschaftlichen Produktionsabläufen zu steigern;

Zu 7.:

Nach Auffassung der Landesregierung steht die Erzeugung von Basischemikalien am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Der Erhalt einer basischemischen Industrie in Deutschland und Europa ist daher nach Überzeugung der Landesregierung von zentraler Bedeutung für die resiliente Ausgestaltung der darauf aufbauenden Wertschöpfungsnetze. Die Wirtschaftsministerkonferenz am 4. und 5. Juni 2025 in Stuttgart hat diese Bedeutung der basischemischen Industrie einstimmig betont.

8. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung beabsichtigt, die Standortbedingungen der basischemischen Industrie in Baden-Württemberg zu verbessern.

Zu 8.:

Die hohen Energiepreise in Deutschland sind ein Standortnachteil, der so weit wie möglich abgefedert werden muss. Folglich sollten die staatlich induzierten Abgaben und Umlagen auf die Energiepreise gesenkt werden. Die Landesregierung setzt sich für Maßnahmen zur Sicherung bezahlbarer Energiepreise ein, wobei die wesentliche Verantwortung hinsichtlich der Gestaltung der Abgaben und Umlagen beim Bund liegt. Die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung zur Wiederherstellung bezahlbarer Energiepreise sollten umgehend und konsequent umgesetzt werden.

Die Landesregierung setzt sich seit langer Zeit für eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit für alle Unternehmen ein. Die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Ertrags-hoheit steht insoweit allerdings dem Bund zu.

Zusätzlich sollten die Netzentgelte gesenkt werden um die Wirtschaft zu entlasten. Für die stromintensiven Unternehmen sind gerade die vorgeschlagene Verlängerung der Strompreiskompensation und deren Ausweitung auf weitere energieintensive Branchen wichtige Schritte. Dies betrifft Produkte der stromintensiven Grundstoffindustrie, namentlich der chemischen Industrie sowie der Glasindustrie, die aktuell keine Berücksichtigung finden.

Eine nachhaltige Entlastung bei den Energiepreisen wird zudem mittel- und langfristig nur dadurch erreicht werden, wenn das im Markt zur Verfügung stehende Energieangebot rasch erhöht wird. Für die langfristige Sicherstellung wettbewerbsfähiger Strompreise arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung an den energiepolitischen Rahmenbedingungen und an der Weiterentwicklung des Strommarktdesigns. Die wichtigsten Maßnahmen für wettbewerbsfähige Strompreise sind ein beschleunigter Zubau erneuerbarer Energien und der entsprechenden Netzinfrastruktur zur Erhöhung des Angebotes erneuerbarer Energien.

Die Landesregierung setzt sich zudem im Rahmen der landespolitischen Möglichkeiten nachdrücklich für eine adäquate und risikobasierte Chemikalienregulierung ein, um die für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand wichtige Chemikalienvielfalt zu erhalten und gleichzeitig hohe Schutzziele für Mensch und Umwelt zu gewährleisten.

Nach Auffassung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus ist der Strukturwandel der Industrie in Richtung Klimaneutralität für die Unternehmen insbesondere auch der basischemischen Industrie mit hohen Investitionen verbunden; die Zielerreichung darf nicht zu einer Überforderung der Unternehmen führen.

Die jüngsten Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz in Stuttgart vom 4. und 5. Juni 2025, die direkt oder indirekt auf die Stärkung des Chemiestandortes zielen, wurden jeweils einstimmig von der Wirtschaftsministerkonferenz beschlossen.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus